

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat IV, Bürgeramt

Beteiligung:

Betreff:

Kommunaler Integrationsplan

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 16. Februar 2011

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Ausländerrat/Migrationsrat	21.09.2010	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Ausländerrat/Migrationsrat	20.10.2010	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Ausschuss für Integration und Chancengleichheit	26.10.2010	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	17.11.2010	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	24.11.2010	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Ausschuss für Integration und Chancengleichheit	07.12.2010	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Ausschuss für Integration und Chancengleichheit	11.01.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Ausländerrat/Migrationsrat	13.01.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	19.01.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	26.01.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	10.02.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Mitglieder des Ausländerrats/Migrationsrats, des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit, des Haupt- und Finanzausschusses und des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses empfehlen dem Gemeinderat, den Kommunalen Integrationsplan für Heidelberg zu beschließen.

Neuer Beschlussvorschlag der Verwaltung mit Datum vom 21.12.2010:

Die Mitglieder des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit, des Ausländerrats/Migrationsrats, des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses, des Haupt- und Finanzausschusses empfehlen dem Gemeinderat, den von der Verwaltung unter Beteiligung aller mit Migrationsarbeit betrauten Akteuren erarbeiteten kommunalen Integrationsplan für Heidelberg unter Einbeziehung der nachträglich eingebrachten Ergänzungen / Änderungen zu beschließen und zwar

- *mit den Änderungen / Ergänzungen, über die **Konsens** oder **teilweise Konsens** besteht und die nachträglich in den KIP einzuarbeiten sind, und*
- *über die Änderungen / Ergänzungen, über die **Dissens** besteht, zu entscheiden, ob sie ggf. in der Fortschreibung des KIP einzuarbeiten sind.*

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Kommunaler Integrationsplan Heidelberg
A 02	Inhaltlicher Antrag der GR-Mitglieder des AMR vom 20.10.2010
A 03	Empfehlung AMR
A 04	Inhaltlicher Antrag der AG GAL/HD P&E vom 26.10.2010
A 05	Ergänzung zur Drucksache 0017/2010/BV_AMR mit Datum vom 21.12.2010
A 05.1	KIP mit Ergänzungen (in Farbe)
A 05.2	Zusammenstellung von Projektkosten für Integration
A 05.3	BAMF-Liste
A 06	Textvorschlag des Ausländerrates/Migrationsrates zur Konkretisierung des Handlungsfeldes „Wohnumfeld“ (Kapitel 5.4) – Tischvorlage in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 26.01.2011

Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 21.09.2010

Ergebnis: beraten ohne Beschlussempfehlung

Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 20.10.2010

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 20.10.2010

3 **Kommunaler Integrationsplan** Beschlussvorlage 0017/2010/BV_AMR

Der Vorsitzende Herr Allimadi beschreibt zunächst das Zustandekommen der Stellungnahme des AMR in mehreren vorbereitenden Sitzungen und stellt sie zur Diskussion.

Herr Bürgermeister Erichson geht anschließend auf die vorgeschlagene Maßnahme „Einrichtung eines Gemeindedolmetscherdienstes“ ein. Als Integrationsbürgermeister ist er der Ansicht, dass dies ein falsches integrationspolitisches Signal setzt, wenn gleichzeitig große Summen in die Förderung von Deutschkenntnissen der Migrantinnen und Migranten investiert werden. Er wird deshalb diese Maßnahme nicht unterstützen. Natürlich kann aber der AMR diesen Vorschlag als politische Forderung beibehalten.

Der AMR weist allerdings darauf hin, dass die Wirklichkeit zeigt, dass manche Menschen mit Migrationshintergrund noch nicht genug Deutsch können, um ihre Probleme eigenständig zu lösen. Für diese Menschen soll es dann die Möglichkeit geben, einen Gemeindedolmetscherdienst vorübergehend in Anspruch zu nehmen, wie es beispielsweise auch im KIP auf Seite 42 für den Gesundheitsbereich gefordert wird. Dabei sollen durchaus vorhandene Strukturen, wie zum Beispiel im Internationalen Frauen- und Familienzentrum, genutzt und ausgebaut und die vorhandenen Dolmetscher/innen weiter qualifiziert werden. Träger einer solchen Maßnahme muss nicht die Stadt, sondern kann auch ein freier Träger sein.

Der Vorsitzende Herr Allimadi stellt als nächstes den **Antrag**, die „Einrichtung eines Gemeindedolmetscherdienstes“ als politische Forderung beizubehalten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Herr Bürgermeister Erichson erklärt weiter, dass er die Vorschläge des AMR im Abschnitt 6 „Übergreifende Themen der Integrationsarbeit“ in einem neuen Kapitel 6.6 darstellen wird. Kleine redaktionelle Änderungen im Vorschlag des AMR werden besprochen und übernommen.

Anschließend stellt der Vorsitzende Herr Allimadi den **Antrag**, die jetzt der Beschlussvorlage als Anlage 03 beigefügte Stellungnahme als Empfehlung des AMR zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Abschließend wird über die Beschlussempfehlung der Verwaltung abgestimmt.

Beschlussempfehlung des Gremiums

Der Ausländerrat/Migrationsrat empfiehlt dem Ausschuss für Integration und Chancengleichheit, dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses und dem Gemeinderat, den Kommunalen Integrationsplan für Heidelberg zu beschließen.

gez.
Michael Mwa Allimadi

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Ergänzung

Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 26.10.2010

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 26.10.2010

5 **Kommunaler Integrationsplan** Beschlussvorlage 0017/2010/BV_AMR

Frau Vogel berichtet über den Prozess zur Erstellung des Kommunalen Integrationsplanes, den sie für die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) begleitet hat und beantwortet Fragen der Mitglieder des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit.

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Dr. Greven-Aschoff, Herr Schestag, Herr Gallfuß, Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadträtin Essig, Stadträtin Faust-Exarchos, Stadträtin Stolz, Frau Martial, Stadtrat Holschuh

Stadtrat Cofie-Nunoo hat einige Probleme mit dem Sprachduktus des Kommunalen Integrationsplans und wünscht daher einige Formulierungsänderungen. Die Verwaltung sichert eine Prüfung zu, welche redaktionellen Änderungen übernommen werden können. Alle Änderungsvorschläge sollen dann gegebenenfalls im Haupt- und Finanzausschuss abgestimmt werden.

Stadträtin Dr. Greven-Aschoff fragt nach, bis wann zur Bestandsaufnahme ein Monitoring vorliegt, um zum Beispiel zu klären, mit welchen Kennziffern man arbeiten kann.

Bürgermeister Erichson erklärt, dass dies im 1. Halbjahr 2011 geschehen wird.

Frau Martial erläutert, dass der Ausländerrat/Migrationsrat aus Zeitgründen keine weiteren Prioritäten setzen konnte. Auch der Ausländerrat/Migrationsrat möchte mit ein oder zwei Mitgliedern am Monitoring mitarbeiten.

Stadtrat Holschuh gibt bekannt, dass der Sachantrag (Anlage 04 zur Drucksache 0017/2010/BV_AMR) zurückgezogen wird. Die Fragen zu Punkt 2 des Sachantrags möchte er dennoch beantwortet bekommen.

Bürgermeister Erichson sichert zu, dass die Zahlen bis zu den Haushaltsplanberatungen zur Verfügung gestellt werden.

Stadträtin Faust-Exarchos erklärt, dass der Sachantrag (Anlage 02 zur Drucksache 0017/2010/BV_AMR) aufgrund der Sitzungsökonomie zurückgezogen wird.

Bürgermeister Erichson stellt daraufhin den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit der ergänzenden Stellungnahme des Ausländerrates/Migrationsrates (Anlage 03 zur Drucksache 0017/2010/BV_AMR) zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit:

*Der Ausschuss für Integration und Chancengleichheit empfiehlt dem Gemeinderat, den Kommunalen Integrationsplan für Heidelberg **mit der ergänzenden Stellungnahme des Ausländerrates/Migrationsrates (Anlage 03 zur Drucksache 0017/2010/BV_AMR)** zu beschließen.*

gezeichnet

Wolfgang Erichson
Bürgermeister

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Ergänzung und Arbeitsauftrag

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.11.2010

Ergebnis: vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 24.11.2010

Ergebnis: durch Nachtrag bereits abgesetzt

Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 07.12.2010

Ergebnis: vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt

Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 11.01.2011

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 11.01.2011

2 Kommunalen Integrationsplan Beschlussvorlage 0017/2010/BV_AMR

Es meldeten sich zu Wort:

Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadträtin Deckwart-Boller, Stadträtin Dotter, Stadträtin Faust-Exarchos, Stadträtin Dr. Meißner, Herr Gallfuß, Frau Martial, Stadträtin Dr. Greven-Aschoff, Stadträtin Stolz

Dem Kommunalen Integrationsplan wurde in der Fassung von Anlage A 05.1 zur Drucksache 0017/2010/BV_AMR mit den beschlossenen Änderungen einstimmig zugestimmt. Die Änderungsvorschläge, über die Konsens besteht, sind einstimmig beschlossen und in den Kommunalen Integrationsplan zu übernehmen.

Bürgermeister Erichson schlägt dem Ausschuss vor, nur über diejenigen Änderungswünsche von Stadtrat Cofie-Nunoo und den Arbeitsgruppen abzustimmen, die von der Verwaltung als nicht oder nur teilweise konsensfähig erachtet werden. Bürgermeister Erichson stellt dies zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 11:0:0 Stimmen

Die Mitglieder des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit sprechen sich dafür aus, dass sie dem Ausländerrat / Migrationsrat nicht vorweggreifen möchten und daher die Änderungswünsche des Ausländerrats / Migrationsrats ohne Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Ausländerrat / Migrationsrat zur Beschlussfassung weiterleiten. Bürgermeister Erichson stellt dies zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 11:0:0 Stimmen

- Kapitel 5.4 (S. 54) – Neuaufnahme des Ziels: Fachberatung und Bildungsangebote für Migrantenselbstorganisationen, um Migrantinnen und Migranten als Akteurinnen und Akteure im Heidelberger Integrationsnetzwerk zu stärken.

Bürgermeister Erichson weist die Mitglieder des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit darauf hin, dass bei der vom Ausländerrat / Migrationsrat gewünschten Neuaufnahme des oben genannten Ziels in den Kommunalen Integrationsplan auch Finanzmittel im Haushaltsjahr 2011 durch den Gemeinderat bereit gestellt werden müssten. Die Verwaltung begrüßt die Einrichtung einer Fachberatungsstelle für Migrantenselbstorganisationen, da diese als ersten Baustein eines Interkulturellen Zentrums angesehen wird. Eine entsprechende Vorlage (siehe Drucksache: 0012/2011/IV) der Verwaltung wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit am 27.01.2011 eingebracht werden.

Bürgermeister Erichson lässt den Ausschuss über die Neuaufnahme des oben genannten Ziels abstimmen:

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 11:0:0 Stimmen

- Kapitel 6.4 (S. 73) – Interreligiöser Dialog

Stadträtin Deckwart-Boller erläutert dem Gremium, warum nach Auffassung der Arbeitsgruppen am Ende des Kapitels 6.4 folgender Satz zusätzlich aufgenommen werden soll: „Langfristig müssen sich die Kirchengemeinden vor Ort interkulturell öffnen und Migrantinnen und Migranten verschiedenster Herkunft Möglichkeiten zur Teilhabe am Gemeindeleben aufzeigen“. Sie schlägt weiter vor, das Wort „müssen“ in „sollten“ abzuändern.

Bürgermeister Erichson stellt dies zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 11:0:0 Stimmen

- Kapitel 5.5 (S. 58) – Aufnahme des Ziels: Erhöhung der interkulturellen Kompetenz im Sport / Förderung der Partizipation von Migranten und insbesondere von Migrantinnen in den Sportvereinen im Bereich des Breitensports.

Bürgermeister Erichson weist die Mitglieder des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit darauf hin, dass für die vom Ausländerrat / Migrationsrat gewünschte Aufnahme des Ziels im Bereich des Sports keine Haushaltsmittel vorgesehen sind und stellt die Aufnahme in den Kommunalen Integrationsplan zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 11:0:0 Stimmen

- Kapitel 6.6 (S.75) – „Starterpaket“ für Familien

Bei dem vom Ausländerrat / Migrationsrat gewünschten „Starterpaket“ für Familien handelt es sich um ein Infopaket mit Anlauf- und Beratungsstellen für neu zugezogene Familien. Bürgermeister Erichson weist darauf hin, dass hierfür keine Haushaltsmittel vorgesehen sind und stellt zur Abstimmung, ob das Ziel in den Kommunalen Integrationsplan aufgenommen werden soll.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 11:0:0 Stimmen

- Kapitel 5.3 (S. 45 und 76) – Ziel: Einrichtung eines Gemeindedolmetscherdienstes

Nach Auffassung von Stadtrat Cofie-Nunoo kann die Einrichtung eines Dolmetscherdienstes nicht im Verantwortungsbereich der Stadtverwaltung liegen. Die Bezeichnung „Gemeindedolmetscherdienst“ sei deshalb unpassend.

Bürgermeister Erichson schlägt vor, den Zusatz „Gemeinde“ aus dem „Gemeindedolmetscherdienst“ zu streichen. Der Ausschuss nimmt den Vorschlag einstimmig an.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 11:0:0 Stimmen

- Kapitel 5.4 (S. 54 und 77) – Ziel: Wohnungsvermittlung für Menschen mit Migrationshintergrund

Stadträtin Dr. Greven-Aschoff wünscht sich, dass dieses Ziel konkretisiert wird.

Auch Frau Martial betont, dass die Aufnahme des Ziels in den Kommunalen Integrationsplan ein großes Anliegen des Ausländerrats / Migrationsrats sei.

Bürgermeister Erichson schlägt vor, dass Frau Martial bis zur nächsten Sitzung des Ausländerrats / Migrationsrats am 13.01.2011 das Ziel weiter konkretisiert. Frau Martial erklärt sich hierzu bereit. Bürgermeister Erichson fährt fort, das Ziel solle ohne

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Ausländerrat / Migrationsrat zur Beratung und einer dortigen Entscheidungsfindung weitergeleitet werden.

Der Ausschuss stimmt der Vorgehensweise einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 11:0:0 Stimmen

- Kapitel 5.4 (S. 52) – Ziel: Migrantenselbstorganisationen fungieren als Brücken zur Aufnahmegesellschaft und sollten stärker unterstützt werden.

Die Forderung des Ausländerrats / Migrationsrats nach einer mittelfristigen Umsetzung des Interkulturellen Zentrums – anstatt einer langfristigen wie von der Verwaltung vorgesehen – wird von Bürgermeister Erichson zur Abstimmung gestellt. Die Mitglieder des Ausschusses stimmen dem Änderungsvorschlag des Ausländerrats / Migrationsrats in „mittelfristig“ einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 11:0:0 Stimmen

Stadträtinnen Stolz und Dotter wünschen sich, dass in der Zielbenennung der Begriff „Interkulturelles Zentrum“ aufgenommen wird. Bürgermeister Erichson schlägt den Mitgliedern daraufhin vor, dies in Verbindung mit einem Gedankenstrich in die Zielbenennung aufzunehmen. Im Übrigen regt der Ausschuss an, die Maßnahmenbeschreibungen nicht im Kapitel 6.6 sondern im Kapitel 7.1 bzw. 7.3 direkt aufzuführen. Der Ausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 11:0:0 Stimmen

Der Ausschuss schlägt dem Ausländerrat / Migrationsrat vor, den Vorschlag zu prüfen, ob die auf Seite 77 fünf aufgeführten Maßnahmen von Kapitel 6.6 zu den Kapitel 5.4 (S. 52) zusätzlich unter den Maßnahmen aufgeführt werden sollen.

... Dieses Zentrum soll neben seiner Funktion als Stätte der Beratung, Bildung und Begegnung auch folgende Angebote machen:

- Zentrale Informationsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund und
 - Migrantenselbstorganisationen
 - Fachberatung und Bildungsangebote für Migrantenselbstorganisationen
 - Informations- und Kommunikationsportal
 - Ansiedelung verschiedener Maßnahmen für die Migrantenselbstorganisationen
 - Räumlichkeiten entsprechend des in der Studie „Interkulturelles Zentrum“ ermittelten Bedarfs
- Kapitel 5.6 (S. 59ff) Ziel: Förderung der Anerkennung interkultureller Subkultur
Stadtrat Cofie-Nunoo macht deutlich, dass es sich nicht um eine finanzielle Förderung handelt, sondern um Anerkennungskultur.
Nach kurzer Diskussion zieht Stadtrat Cofie-Nunoo den Änderungsvorschlag, die beiden neuen Ziele aufzunehmen, zurück.
 - Kapitel 1 (S. 10)
Stadtrat Cofie-Nunoo erläutert seinen Wunsch nach einer Umformulierung des Textes unter der Überschrift: „Wir wählen interkulturell sensible Zugänge“. Hier heißt es ursprünglich: „In Beratungsprozessen leben sie (die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Heidelberg) Empathiefähigkeit, zeigen Anerkennung und Respekt gegenüber anderen kulturellen Orientierungen“. Nach Ansicht von Herrn Cofie-Nunoo entspricht diese Formulierung noch nicht dem Status Quo. Es sei deshalb als anzustrebendes Ziel zu formulieren.

Stadtrat Cofie-Nunoo erklärt, dass er an dem Änderungswunsch weiterhin festhalten will.

Bürgermeister Erichson lässt die Mitglieder des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit hierzu abstimmen.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 8:1:2 Stimmen

- Kapitel 1 (S. 13)

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den ersten Absatz auf Seite 13 in der Anlage A5.01 zu streichen mit Ausnahme des ersten Satzes.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 11:0:0 Stimmen

- Kapitel 5.1 (S. 22)

Stadtrat Cofie-Nunoo erläutert seine Änderungswünsche. Es sei Fakt, dass der mangelnde Schulerfolg von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowohl ein bundesweites, als auch ein Heidelberger Phänomen ist. Bürgermeister Erichson lässt den Ausschuss darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 11:0:0 Stimmen

- Kapitel 5.1 (S. 31)

Ziel: Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen erleichtern. Übergangsquote auf Realschule und Gymnasium erhöhen.

Ziel: Angleichen der Quote von Abiturientinnen und Abiturienten bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund an die der deutschen Jugendlichen.

Bürgermeister Erichson schlägt vor, die beiden Zielformulierungen von Stadtrat Cofie-Nunoo als Indikatoren im Kapitel 7.1 bzw. 7.3 (S. 79ff) aufzunehmen und stellt dies zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 11:0:0 Stimmen

- Kapitel 5.3

Ziel: Förderung von gesunder Ernährung an Schulen

Ziel: Senken der Anzahl von übergewichtigen Kindern mit Migrationshintergrund

Nach kurzer Diskussion zieht Stadtrat Cofie-Nunoo, die beiden Änderungsvorschläge die beiden neuen Ziele aufzunehmen, zurück

- Kapitel 5.4 (S. 47)

Stadtrat Cofie-Nunoo erläutert dem Ausschuss, warum er die Ausführungen der Verwaltung zum Thema „Bauen mit sozialer Verantwortung“ zur Lösung der Probleme auf dem Heidelberger Wohnungsmarkt nicht für zielführend hält.

Stadtrat Cofie-Nunoo plädiert außerdem für eine Unterstützung von Migrantinnen und Migranten beim Zugang zu Wohnraum. Bürgermeister Erichson schlägt vor, dass der Ausländerrat/Migrationsrat einen Formulierungsvorschlag einbringt. Frau Martial wird um Vermittlung in den Ausländerrat/Migrationsrat gebeten.

Bürgermeister Erichson lässt den Ausschuss über die gewünschte Streichung von Stadtrat Cofie-Nunoo abstimmen.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 10:0:1 Stimmen

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit:

Die Mitglieder des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit empfehlen dem Gemeinderat, den von der Verwaltung unter Beteiligung aller mit Migrationsarbeit betrauten Akteuren erarbeiteten kommunalen Integrationsplan für Heidelberg unter Einbeziehung der nachträglich eingebrachten Ergänzungen / Änderungen zu beschließen, und zwar mit sämtlichen Änderungen / Ergänzungen, über die Konsens besteht und die nachträglich in den KIP einzuarbeiten sind.

Darüber hinaus wird dem Gemeinderat empfohlen, folgende Änderungen / Ergänzungen in die Fortschreibung des Kommunalen Integrationsplan in der Fassung von Anlage A 05.1 zur Drucksache 0017/2010/BV_AMR einzuarbeiten:

- Seite 10, Ergänzung des Satzes „In Beratungsprozessen wollen sie Empathiefähigkeit leben sowie Anerkennung und Respekt gegenüber anderen kulturellen Orientierungen zeigen.“ im Anschluss an das Wort „geschult“ und Streichung des Satzes „In Beratungsprozessen leben sie Empathiefähigkeit, zeigen Anerkennung und Respekt gegenüber anderen kulturellen Orientierungen.“ unter der Überschrift „Wir wählen interkulturell sensible Zugänge.“
- Seite 10, Streichung des Textes „auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“
- Seite 11, Streichung des Textes „stärker als bisher“ sowie des Satzes „Auf gleiche Zugangsvoraussetzungen für Frauen und Männer unabhängig von Herkunft, Alter, Behinderung und Lebensform wird geachtet.“ unter der Überschrift „Wir stärken die Teilhabe am kommunalen Leben.“
- Seite 11, Ergänzung des Satzes „Heidelberg will gleiche Zugangsvoraussetzungen für Frauen und Männer, unabhängig von Herkunft, Alter, Behinderung und Lebensform schaffen.“ nach dem Wort „Stadt“.
- Seite 13, Streichung der Sätze „Der "Bericht zur Sozialen Lage" hat gezeigt: Heidelberg ist eine wohlhabende Stadt. Dennoch: Rund 8 Prozent der Heidelberger Einwohnerinnen und Einwohner, also rund 11.600 Menschen in der Stadt, galten 2005 als arm oder armutsgefährdet. Darunter fällt auch jedes siebte Kind. Das höchste Armutsrisiko tragen Alleinerziehende. Heidelberg handelt: Mit einem Bündel von mehr als 120 Maßnahmen will die Stadt Armut und soziale Ausgrenzung verhindern.“
- Seite 21, Ergänzung der Wortes „großen“ im letzten Satz vor „Handlungsbedarf“.
- Seite 22, Streichung des Textes „das sich jedoch in einer akademisch geprägten Stadt wie Heidelberg proportional wenig bemerkbar macht.“
- Seite 22, Streichung des Satzes „Dennoch darf dieses Problem nicht vernachlässigt werden. Die Stadt Heidelberg investiert in optimale Lern- und Lebenschancen aller Kinder und Jugendlichen in ihrer Stadt und hat bereits eine Vielzahl an Projekten und Maßnahmen initiiert, um allen gleiche Bildungschancen zu eröffnen.“
- Seite 22, Ergänzung des Satzes „Hier besteht besonderer Handlungsbedarf für die Stadt Heidelberg, um die Bildungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern. nach dem Wort „Phänomen“.
- Seite 26, Streichung des Textes „(Anmerkung: zwei neue Ziele siehe am Ende des Kapitels 5.1)“
- Seite 31, Aufnahme der beiden Ziele „Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen erleichtern. Übergangsquote auf Realschule und Gymnasium erhöhen.“ und „Angleichen der Quote von Abiturientinnen und Abiturienten bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund an die der deutschen Jugendlichen.“ statt in Kapitel 5.1 in Kapitel 7.1 bzw. Kapitel 7.3. (S. 79f bis 86) als Indikatoren
- Seite 34, Streichung des Textes „wirkt dem entgegen“ und Ergänzung des Textes „bietet die Chance, dieser Benachteiligung entgegen zu wirken.“ im letzten Satz.
- Seite 36, Ergänzung des Textes „Unternehmen, insbesondere auch“ nach dem Wort „bei“ in Zielbenennung.
- Seite 38 und 39, Aufnahme der neuen Ziele „In Deutschland ausgebildeten Heidelbergerinnen und Heidelbergern mit Migrationsgeschichte die Perspektiven der

- *Existenzgründung eröffnen. und „Linderung des Fachkräftemangels, Hebung des Potentials und der Integration qualifizierter Menschen mit Migrationsgeschichte und ausländischen Abschlüssen in den Arbeitsmarkt.“*
- *Seite 41, Änderung des Wortes „Bewegungsreize“ in das Wort „Bewegungsanreize“ im ersten Absatz.*
- *Seite 43, Streichung des Textes „(Anmerkung: zwei neue Ziele siehe am Ende des Kapitels 5.3)“*
- *Seite 44, Aufnahme der neuen Ziele „Zur besseren gesundheitlichen Versorgung der Migranten soll die Verständigung von Arzt und Patient über eine Dolmetscherleistung unterstützt werden.“ und „Zur besseren Information und Teilhabe am deutschen Gesundheits- und Bildungssystem soll eine Informationsbroschüre für Migrantinnen und Migranten erstellt werden.“*
- *Seite 45, Streichung der neuen Ziele „Förderung von gesunder Ernährung an Schulen“ und „Senken der Anzahl von übergewichtigen Kindern mit Migrationshintergrund“*
- *Seite 47, Streichung des Textes „Anmerkung: neues Ziel siehe am Ende von Kapitel 5.4“ und der Sätze „Die Stadt Heidelberg ermöglicht den Bau von Wohnungen, indem sie Planungsrecht schafft für Menschen, die investieren wollen und/ oder Privateigentum haben. Ein beispielhaftes Projekt hierfür wurde gerade im „Quartier am Turm“ in Rohrbach realisiert. Insbesondere die Bahnstadt wird in den kommenden Jahren der räumliche Schwerpunkt der Wohnungsbautätigkeit in Heidelberg sein.“ sowie der Sätze „Die Stadt Heidelberg hat den Stadtentwicklungsplan im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet. Sie fördert diese **offene Diskussionskultur**, Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung ist ein zentrales Querschnittsziel des STEP.“ unter der Überschrift „Bauen mit sozialer Verantwortung“*
- *Seite 48, Ergänzung der Sätze „Insbesondere sollen junge Erwachsene hierbei besonders berücksichtigt werden. Sie können nicht mehr über die Schule oder Jugendzentren angesprochen werden, sind aber meist noch keine Eltern von Kindern, die über Kindergarten oder Schule erreicht werden könnten. Gleichzeitig haben sie - vor allem die jungen Männer - häufig keinen Schulabschluss, keinen Ausbildungsplatz und kein reguläres Arbeitsverhältnis. Teilweise beherrschen sie auch die deutsche Sprache nicht. Eine Integration findet lediglich über Sportvereine statt (was die Bedeutung dieser Vereine unterstreicht). Die jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund erregen oftmals Ärger, weil sie das Bedürfnis haben, sich zu treffen und sich mangels anderer Gelegenheiten auf öffentlichen Plätzen aufhalten und es zur Lärmbelästigung bei den Anwohnerinnen und Anwohnern kommt. Hier müssten von Seiten städtischer Planung*
 - 1. Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden, die den spezifischen Bedürfnissen junger Menschen mit Migrationshintergrund gerecht werden, und*
 - 2. gezielte Quartiersarbeit in Stadtteilen bzw. spezifischen Straßenzügen oder Häuserblocks durchgeführt werden, damit das Wohnumfeld lebenswert für alle Bewohnerinnen und Bewohner eines Stadtteils bleibt.“ nach dem Wort „aufwerten“.*
- *Seite 52, Ergänzung des Textes „– Interkulturelles Zentrum“ am Ende der Zielbenennung „Migrantenselbstorganisationen fungieren als Brücken zur Aufnahmegesellschaft und sollten stärken unterstützt werden.“*
- *Seite 54, Aufnahme des neuen Ziels „Wohnungsvermittlung für Menschen mit Migrationshintergrund“ wird von Seite 54 auf Seite 77 Wohnumfeld und bürgerschaftliches Engagement verschoben*
- *Seite 54, Aufnahme des neuen Ziels „Fachberatung und Bildungsangebote für Migrantenselbstorganisationen, um Migrantinnen und Migranten als Akteurinnen und Akteure im Heidelberger Integrationsnetzwerk zu stärken.“*
- *Seite 58, Aufnahme des neuen Ziels „Erhöhung der interkulturellen Kompetenz im Sport / Förderung der Partizipation von Migranten und insbesondere von Migrantinnen in den Sportvereinen im Bereich des Breitensports.“*
- *Seite 59, Streichung des Textes „(Anmerkung: neues Ziel siehe am Ende von Kapitel 5.6)“*

- Seite 64, Streichung des neuen Ziels „Förderung und Anerkennung interkultureller Subkultur“
- Seite 66, Ersetzung des Wortes „steht“ durch das Wort „soll“ nach dem Text „Die interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung“, Ergänzung des Wortes „stehen“ nach dem Text „Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund“, Ersetzung des Textes „die Zugangsbarrieren für Menschen mit Migrationshintergrund so leicht wie möglich halten.“ durch den Text „keine Zugangsbarrieren für Menschen mit Migrationshintergrund enthalten.“
- Seite 70, Ersetzung des Wortes „bietet“ durch das Wort „kann“ nach dem Text „Der Wirtschaftssektor“ und Ergänzung des Wortes „bieten“ nach dem Text „in Ausbildung und Beruf“
- Seite 73, Aufnahme des Textes „Langfristig müssen sich die Kirchengemeinden vor Ort interkulturell öffnen und Migrantinnen und Migranten verschiedenster Herkunft Möglichkeiten zur Teilhabe am Gemeindeleben aufzeigen.“ und der damit verbundenen Ersetzung des Wortes „müssen“ durch „sollten“ am Ende der Seite.
- Seite 76, Streichung des Zusatzes „Gemeinde“ in der Überschrift bei „Gemeindedolmetscherdienstes“ als auch im Text bei „Gemeindedolmetscher“
- Seite 79 bis 86, Aufnahme der beiden Ziele „Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen erleichtern. Übergangsquote auf Realschule und Gymnasium erhöhen.“ und „Angleichen der Quote von Abiturientinnen und Abiturienten bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund an die der deutschen Jugendlichen.“ statt in Kapitel 5.1 in Kapitel 7.1 bzw. Kapitel 7.3. (S. 79 bis 86) als Indikatoren
- Seite 83, Aufnahme des Textes „IB – Jugendmigrationsdienst“ in der Aufzählung unter der Überschrift „Sonstige“ nach dem Text „Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Heidelberg e.V.“
- Seite 90, Ergänzung des Wortes „Rainer“ bei „Herr Römer, TSG 78 Heidelberg“ des Abschnitts 5. Sport und Kultur
- Seite 92, Ergänzung des folgenden Textes am Ende des Anhangs:
Stadt Heidelberg Gesundheitsbericht 2005
http://www.heidelberg.de/servlet/PB/show/1156051-pdf-Gesundheitsbericht06_kurz.pdf

Über folgende Änderungen/ Ergänzungen geben die Mitglieder des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit keine Beschlussempfehlung, um einer entsprechenden Beratung im Ausländerrat / Migrationsrat nicht vorwegzugreifen:

- Seite 74 und 75, Aufnahme des Kapitels 6.6
- Seite 86, Aufnahme des Abschnitts „Monitoring“ am Ende des Kapitels 7.3

gezeichnet

Wolfgang Erichson
Bürgermeister

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Änderung/en

Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 13.01.2011

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 13.01.2011

5 **Kommunaler Integrationsplan** Beschlussvorlage 0017/2010/BV_AMR

Herr Bürgermeister Erichson berichtet von der Diskussion und dem Ergebnis in der Sitzung des AIC am 11.01.2010.

Die Forderungen des AMR wurden weitgehend übernommen.

Das Ziel „Wohnungsvermittlung für Menschen mit Migrationshintergrund“ soll weiter konkretisiert werden. Herr Erichson bittet den AMR, einen entsprechenden Textvorschlag spätestens bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 26.01.2011 vorzulegen.

Der Vorsitzende Herr Allimadi stellt dazu folgenden **Antrag:**

Der AMR beauftragt seinen Vorstand, bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 26.01.2011 einen Textvorschlag zur Konkretisierung des Ziels „Wohnungsvermittlung für Menschen mit Migrationshintergrund“ zu liefern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Außerdem soll sich der AMR äußern, ob seine Forderung nach mittelfristiger Umsetzung eines Interkulturellen Zentrums in Kapitel 5.4 (Wohnumfeld und bürgerschaftliches Engagement) aufgenommen werden oder weiterhin in Kapitel 6.6 (Allgemeine Forderungen des Ausländerrates/ Migrationsrates) verbleiben soll, um als politische Forderung erkennbar zu bleiben.

Der Vorsitzende Herr Allimadi stellt dazu folgenden **Antrag:**

Die Forderung nach mittelfristiger Umsetzung eines Interkulturellen Zentrums soll in Kapitel 6.6 verbleiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Abschließend stellt der Vorsitzende Herr Allimadi den folgenden **Antrag:**

Der Ausländerrat/ Migrationsrat schließt sich dem Beschluss des AIC vom 11.01.2011 an.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

gez.
Michael Mwa Allimadi, Vorsitzender AMR

Ergebnis: einstimmig beschlossen mit Änderungen

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 19.01.2011

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 19.01.2011

5 **Kommunaler Integrationsplan** Beschlussvorlage 0017/2010/BV_AMR

Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausländerrat/Migrationsrat (AMR) vom 13.01.2011 liegt als Tischvorlage vor.

Erster Bürgermeister Stadel führt in das Thema ein und verweist auf die im Ausschuss für Integration und Chancengleichheit am 11.01.2011 gefassten ergänzenden Beschlüssen. Danach stellt Herr Erster Bürgermeister Stadel den Tagesordnungspunkt zur Aussprache.

Stadtrat Cofie-Nunoo bedankt sich, dass man nun den Kommunalen Integrationsplan mit den von Ihm angeregten Änderungen so schnell „auf den Weg“ bekomme.

Abschließend stellt Erster Bürgermeister Stadel den Beschlussantrag mit den Änderungen/Ergänzungen aus der Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 11.01.2011 zur Abstimmung.

Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss schließt sich dem Beschluss des Ausschuss für Integration und Chancengleichheit vom 11.01.2011 an.

gezeichnet
Bernd Stadel
Erster Bürgermeister

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Änderungen

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.01.2011

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.01.2011

7 Kommunaler Integrationsplan Beschlussvorlage 0017/2010/BV_AMR

Oberbürgermeister Dr. Würzner verweist auf die Beratungen und die geänderten Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 11.01.2011, des Ausländerrates/Migrationsrates vom 13.01.2011 und des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 19.01.2011. Weiterhin weist er auf den als Tischvorlage verteilten Textvorschlag des Ausländerrates/Migrationsrates zur Konkretisierung des Ziels „Wohnungsvermittlung für Menschen mit Migrationshintergrund“ im Handlungsfeld „Wohnumfeld“ (Kapitel 5.4) des Kommunalen Integrationsplans (Anlage 6 zur Drucksache 0017/2010/BV_AMR) hin.

Da es keinen weiteren Aussprachebedarf gibt, stellt Oberbürgermeister Dr. Würzner den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 11.01.2011 ergänzt mit der Änderung aus Anlage 6 zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses:

Der Haupt- und Finanzausschuss schließt sich dem Beschluss des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 11.01.2011 an.

Desweiteren soll in Kapitel 6.6 „Allgemeine Forderungen des Ausländerrates/Migrationsrates“ folgender Text die bisherigen beiden Sätze unter „Wohnumfeld und bürgerschaftliches Engagement auf Seite 77 ersetzen:

Der Ausländerrat/Migrationsrat erwartet, dass die auf Seite 47 genannten Verpflichtungen sich in konkreten Maßnahmevorschlägen ausdrücken. Als einen solchen Maßnahmevorschlag sieht der Ausländerrat/Migrationsrat folgendes Ziel an:

Ziel	Wohnungsvermittlung für Menschen mit Migrationshintergrund / Förderung von sozial gemischten Bevölkerungsstrukturen in allen Wohngebieten
Maßnahme	<ul style="list-style-type: none">• ausreichende Versorgung mit Wohnungen und Schaffung von Familienwohngebieten, die es schwerpunktmäßig Menschen mit durchschnittlichen oder unterdurchschnittlichen Einkommen erlauben, Wohneigentum zu erwerben oder sich einzumieten.• durch eine sozial gemischte Bevölkerungsstruktur in allen Stadtteilen, Wohngebieten und neuen Projekten wie Bahnstadt und US-Flächen soll eventuellen Segregationstendenzen entgegen gewirkt werden• breit angelegtes Bürgerbeteiligungsverfahren beim Umbau bestehender und der Entwicklung neuer Wohngebiete einrichten• Untersuchung der Potenziale der US-Flächen• Beteiligung auch von Migrantinnen und

	Migranten bei den Planungen für die US-Flächen im Entwicklungsbeirat und bei einem Bürgerbeteiligungsverfahren
Zielgruppe	Migrantinnen und Migranten, aber auch alle anderen Heidelberger/innen, besonders Familien mit durchschnittlichem und unterdurchschnittlichem Einkommen, Entwicklungsbeirat
Verantwortlich	Stadt Heidelberg
Beteiligte	Wohnungsbaugesellschaften
Umsetzung	Kurz-, mittel- und langfristig

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Änderungen

Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2011

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2011:

10 **Kommunaler Integrationsplan** Beschlussvorlage – 0017/2010/BV_AMR

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadträtin Dotter

Oberbürgermeister Dr. Würzner verweist auf die Beratungen und geänderten Beschlussempfehlungen der vorangegangenen Ausschusssitzungen.

Er stellt die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses zur Abstimmung:

Beschluss des Gemeinderates:

Die Gemeinderat beschließt den von der Verwaltung unter Beteiligung aller mit Migrationsarbeit betrauten Akteuren erarbeiteten kommunalen Integrationsplan für Heidelberg unter Einbeziehung der nachträglich eingebrachten Ergänzungen / Änderungen, und zwar mit sämtlichen Änderungen / Ergänzungen, über die Konsens besteht und die nachträglich in den KIP einzuarbeiten sind.

Darüber hinaus wird dem Gemeinderat empfohlen, folgende Änderungen / Ergänzungen in die Fortschreibung des Kommunalen Integrationsplan in der Fassung von Anlage A 05.1 zur Drucksache 0017/2010/BV_AMR einzuarbeiten:

- *Seite 10, Ergänzung des Satzes „In Beratungsprozessen wollen sie Empathiefähigkeit leben sowie Anerkennung und Respekt gegenüber anderen kulturellen Orientierungen zeigen.“ im Anschluss an das Wort „geschult“ und Streichung des Satzes „In Beratungsprozessen leben sie Empathiefähigkeit, zeigen Anerkennung und Respekt gegenüber anderen kulturellen Orientierungen.“ unter der Überschrift „Wir wählen interkulturell sensible Zugänge.“*
- *Seite 10, Streichung des Textes „auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“*
- *Seite 11, Streichung des Textes „stärker als bisher“ sowie des Satzes „Auf gleiche Zugangsvoraussetzungen für Frauen und Männer unabhängig von Herkunft, Alter, Behinderung und Lebensform wird geachtet.“ unter der Überschrift „Wir stärken die Teilhabe am kommunalen Leben.“*
- *Seite 11, Ergänzung des Satzes „Heidelberg will gleiche Zugangsvoraussetzungen für Frauen und Männer, unabhängig von Herkunft, Alter, Behinderung und Lebensform schaffen.“ nach dem Wort „Stadt“.*
- *Seite 13, Streichung der Sätze „Der "Bericht zur Sozialen Lage" hat gezeigt: Heidelberg ist eine wohlhabende Stadt. Dennoch: Rund 8 Prozent der Heidelberger Einwohnerinnen und Einwohner, also rund 11.600 Menschen in der Stadt, galten 2005 als arm oder armutsgefährdet. Darunter fällt auch jedes siebte Kind. Das höchste Armutsrisiko tragen Alleinerziehende. Heidelberg handelt: Mit einem Bündel von mehr als 120 Maßnahmen will die Stadt Armut und soziale Ausgrenzung verhindern.“*
- *Seite 21, Ergänzung der Wortes „großen“ im letzten Satz vor „Handlungsbedarf“.*
- *Seite 22, Streichung des Textes „das sich jedoch in einer akademisch geprägten Stadt wie Heidelberg proportional wenig bemerkbar macht.“*

- Seite 22, Streichung des Satzes „Dennoch darf dieses Problem nicht vernachlässigt werden. Die Stadt Heidelberg investiert in optimale Lern- und Lebenschancen aller Kinder und Jugendlichen in ihrer Stadt und hat bereits eine Vielzahl an Projekten und Maßnahmen initiiert, um allen gleiche Bildungschancen zu eröffnen.“
- Seite 22, Ergänzung des Satzes „Hier besteht besonderer Handlungsbedarf für die Stadt Heidelberg, um die Bildungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern. nach dem Wort „Phänomen“.“
- Seite 26, Streichung des Textes „(Anmerkung: zwei neue Ziele siehe am Ende des Kapitels 5.1)“
- Seite 31, Aufnahme der beiden Ziele „Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen erleichtern. Übergangsquote auf Realschule und Gymnasium erhöhen.“ und „Angleichen der Quote von Abiturientinnen und Abiturienten bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund an die der deutschen Jugendlichen.“ statt in Kapitel 5.1 in Kapitel 7.1 bzw. Kapitel 7.3. (S. 79f bis 86) als Indikatoren
- Seite 34, Streichung des Textes „wirkt dem entgegen“ und Ergänzung des Textes „bietet die Chance, dieser Benachteiligung entgegen zu wirken.“ im letzten Satz.
- Seite 36, Ergänzung des Textes „Unternehmen, insbesondere auch“ nach dem Wort „bei“ in Zielbenennung.
- Seite 38 und 39, Aufnahme der neuen Ziele „In Deutschland ausgebildeten Heidelbergerinnen und Heidelbergern mit Migrationsgeschichte die Perspektiven der Existenzgründung eröffnen. und „Linderung des Fachkräftemangels, Hebung des Potentials und der Integration qualifizierter Menschen mit Migrationsgeschichte und ausländischen Abschlüssen in den Arbeitsmarkt.“
- Seite 41, Änderung des Wortes „Bewegungsreize“ in das Wort „Bewegungsanreize“ im ersten Absatz.
- Seite 43, Streichung des Textes „(Anmerkung: zwei neue Ziele siehe am Ende des Kapitels 5.3)“
- Seite 44, Aufnahme der neuen Ziele „Zur besseren gesundheitlichen Versorgung der Migranten soll die Verständigung von Arzt und Patient über eine Dolmetscherleistung unterstützt werden.“ und „Zur besseren Information und Teilhabe am deutschen Gesundheits- und Bildungssystem soll eine Informationsbroschüre für Migrantinnen und Migranten erstellt werden.“
- Seite 45, Streichung der neuen Ziele „Förderung von gesunder Ernährung an Schulen“ und „Senken der Anzahl von übergewichtigen Kindern mit Migrationshintergrund“
- Seite 47, Streichung des Textes „Anmerkung: neues Ziel siehe am Ende von Kapitel 5.4“ und der Sätze „Die Stadt Heidelberg ermöglicht den Bau von Wohnungen, indem sie Planungsrecht schafft für Menschen, die investieren wollen und/ oder Privateigentum haben. Ein beispielhaftes Projekt hierfür wurde gerade im „Quartier am Turm“ in Rohrbach realisiert. Insbesondere die Bahnstadt wird in den kommenden Jahren der räumliche Schwerpunkt der Wohnungsbautätigkeit in Heidelberg sein.“ sowie der Sätze „Die Stadt Heidelberg hat den Stadtentwicklungsplan im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet. Sie fördert diese **offene Diskussionskultur**, Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung ist ein zentrales Querschnittsziel des STEP.“ unter der Überschrift „Bauen mit sozialer Verantwortung“
- Seite 48, Ergänzung der Sätze „Insbesondere sollen junge Erwachsene hierbei besonders berücksichtigt werden. Sie können nicht mehr über die Schule oder Jugendzentren angesprochen werden, sind aber meist noch keine Eltern von Kindern, die über Kindergarten oder Schule erreicht werden könnten. Gleichzeitig haben sie - vor allem die jungen Männer - häufig keinen Schulabschluss, keinen Ausbildungsplatz und kein reguläres Arbeitsverhältnis. Teilweise beherrschen sie auch die deutsche Sprache nicht. Eine Integration findet lediglich über Sportvereine statt (was die Bedeutung dieser Vereine unterstreicht). Die jungen Erwachsenen mit

Migrationshintergrund erregen oftmals Ärger, weil sie das Bedürfnis haben, sich zu treffen und sich

mangels anderer Gelegenheiten auf öffentlichen Plätzen aufhalten und es zur Lärmbelästigung bei den Anwohnerinnen und Anwohnern kommt. Hier müssten von Seiten städtischer Planung

*1. Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden, die den spezifischen Bedürfnissen junger Menschen mit Migrationshintergrund gerecht werden, und
2. gezielte Quartiersarbeit in Stadtteilen bzw. spezifischen Straßenzügen oder Häuserblocks durchgeführt werden, damit das Wohnumfeld lebenswert für alle Bewohnerinnen und Bewohner eines Stadtteils bleibt.“ nach dem Wort „aufwerten“.*

- *Seite 52, Ergänzung des Textes „– Interkulturelles Zentrum“ am Ende der Zielbenennung „Migrantenselbstorganisationen fungieren als Brücken zur Aufnahmegesellschaft und sollten stärken unterstützt werden.“*
- *Seite 54, Aufnahme des neuen Ziels „Wohnungsvermittlung für Menschen mit Migrationshintergrund“ wird von Seite 54 auf Seite 77 Wohnumfeld und bürgerschaftliches Engagement verschoben*
- *Seite 54, Aufnahme des neuen Ziels „Fachberatung und Bildungsangebote für Migrantenselbstorganisationen, um Migrantinnen und Migranten als Akteurinnen und Akteure im Heidelberger Integrationsnetzwerk zu stärken.“*
- *Seite 58, Aufnahme des neuen Ziels „Erhöhung der interkulturellen Kompetenz im Sport / Förderung der Partizipation von Migranten und insbesondere von Migrantinnen in den Sportvereinen im Bereich des Breitensports.“*
- *Seite 59, Streichung des Textes „(Anmerkung: neues Ziel siehe am Ende von Kapitel 5.6)“*
- *Seite 64, Streichung des neuen Ziels „Förderung und Anerkennung interkultureller Subkultur“*
- *Seite 66, Ersetzung des Wortes „steht“ durch das Wort „soll“ nach dem Text „Die interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung“, Ergänzung des Wortes „stehen“ nach dem Text „Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund“, Ersetzung des Textes „die Zugangsbarrieren für Menschen mit Migrationshintergrund so leicht wie möglich halten.“ durch den Text „keine Zugangsbarrieren für Menschen mit Migrationshintergrund enthalten.“*
- *Seite 70, Ersetzung des Wortes „bietet“ durch das Wort „kann“ nach dem Text „Der Wirtschaftssektor“ und Ergänzung des Wortes „bieten“ nach dem Text „in Ausbildung und Beruf“*
- *Seite 73, Aufnahme des Textes „Langfristig müssen sich die Kirchengemeinden vor Ort interkulturell öffnen und Migrantinnen und Migranten verschiedenster Herkunft Möglichkeiten zur Teilhabe am Gemeindeleben aufzeigen.“ und der damit verbundenen Ersetzung des Wortes „müssen“ durch „sollten“ am Ende der Seite.*
- *Seite 76, Streichung des Zusatzes „Gemeinde“ in der Überschrift bei „Gemeindedolmetscherdienstes“ als auch im Text bei „Gemeindedolmetscher“*
- *Seite 79 bis 86, Aufnahme der beiden Ziele „Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen erleichtern. Übergangsquote auf Realschule und Gymnasium erhöhen.“ und „Angleichen der Quote von Abiturientinnen und Abiturienten bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund an die der deutschen Jugendlichen.“ statt in Kapitel 5.1 in Kapitel 7.1 bzw. Kapitel 7.3. (S. 79 bis 86) als Indikatoren*
- *Seite 83, Aufnahme des Textes „IB – Jugendmigrationsdienst“ in der Aufzählung unter der Überschrift „Sonstige“ nach dem Text „Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Heidelberg e.V.“*
- *Seite 90, Ergänzung des Wortes „Rainer“ bei „Herr Römer, TSG 78 Heidelberg“ des Abschnitts 5. Sport und Kultur*

- *Seite 92, Ergänzung des folgenden Textes am Ende des Anhangs:
Stadt Heidelberg Gesundheitsbericht 2005
<http://www.heidelberg.de/servlet/PB/show/1156051-pdf->*

Gesundheitsbericht06_kurz.pdf

Desweiteren soll in Kapitel 6.6 „Allgemeine Forderungen des Ausländerrates/Migrationsrates“ folgender Text die bisherigen beiden Sätze unter „Wohnumfeld und bürgerschaftliches Engagement auf Seite 77 ersetzen:

Der Ausländerrat/Migrationsrat erwartet, dass die auf Seite 47 genannten Verpflichtungen sich in konkreten Maßnahmevorschlägen ausdrücken. Als einen solchen Maßnahmevorschlag sieht der Ausländerrat/Migrationsrat folgendes Ziel an:

Ziel	<i>Wohnungsvermittlung für Menschen mit Migrationshintergrund / Förderung von sozial gemischten Bevölkerungsstrukturen in allen Wohngebieten</i>
Maßnahme	<ul style="list-style-type: none">• <i>ausreichende Versorgung mit Wohnungen und Schaffung von Familienwohngebieten, die es schwerpunktmäßig Menschen mit durchschnittlichen oder unterdurchschnittlichen Einkommen erlauben, Wohneigentum zu erwerben oder sich einzumieten.</i>• <i>durch eine sozial gemischte Bevölkerungsstruktur in allen Stadtteilen, Wohngebieten und neuen Projekten wie Bahnstadt und US-Flächen soll eventuellen Segregationstendenzen entgegen gewirkt werden</i>• <i>breit angelegtes Bürgerbeteiligungsverfahren beim Umbau bestehender und der Entwicklung neuer Wohngebiete einrichten</i>• <i>Untersuchung der Potenziale der US-Flächen</i>• <i>Beteiligung auch von Migrantinnen und Migranten bei den Planungen für die US-Flächen im Entwicklungsbeirat und bei einem Bürgerbeteiligungsverfahren</i>
Zielgruppe	<i>Migrantinnen und Migranten, aber auch alle anderen Heidelberger/innen, besonders Familien mit durchschnittlichem und unterdurchschnittlichem Einkommen, Entwicklungsbeirat</i>
Verantwortlich	<i>Stadt Heidelberg</i>
Beteiligte	<i>Wohnungsbaugesellschaften</i>
Umsetzung	<i>Kurz-, mittel- und langfristig</i>

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: einstimmig beschlossen

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 3	+	Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern
QU 5		Ziel/e: Vielfalt der Lebensformen ermöglichen, Wahlfreiheit der Lebensgestaltung unterstützen
QU 6		Ziel/e: Integration und interkulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische Einwohner/innen als gleichberechtigte Bürger/innen anerkennen, ethnische und religiöse Heterogenität berücksichtigen
SOZ 1, 2		Ziel/e: Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern, Diskriminierung und Gewalt vorbeugen
SOZ 3		Ziel/e: Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern
DW 3		Ziel/e: Lebenslanges Lernen unterstützen
DW 4		Ziel/e: Integration und interkulturelle Handlungsansätze fördern Begründung: Alle o .g Ziele sind im kommunalen Integrationsplan enthalten und dienen damit den Integrationsbemühungen der Stadt Heidelberg, die zum sozialen Frieden, zum gleichberechtigten und friedlichen Zusammenleben aller Heidelberger/innen und zum kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Wohl aller Bürger/innen beitragen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

B. Begründung:

1. Entwicklung des kommunalen Integrationsplans Heidelberg (KIP)

„Mit allen und für alle“ – ist das Motto der Heidelberger Integrationspolitik, das als roter Faden den Prozess der Erstellung des kommunalen Integrationsplans durchzieht. Die Stadt Heidelberg will mit diesem Plan deutlich machen, dass kulturelle Vielfalt eine Bereicherung darstellt und Integrationspolitik sich an einheimische und zugewanderte Menschen gleichermaßen richtet.

Heidelberg will seine Stärke als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort noch besser nutzen, um Weltoffenheit, Toleranz und ein friedliches Miteinander zu demonstrieren. So steht die Stadt besonders für die Zukunftschancen der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ein, die aus bildungsferneren Schichten kommen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, wurden verschiedene Rahmenbedingungen geschaffen:

1. Neben der **interkulturellen Öffnung der Verwaltung** wurden mit dem vom Gemeinderat am **02.08.2006** beschlossenen **Handlungskonzept – Demographischer Wandel** (DS: 0232/2006) unter anderem auch Vorschläge und Anregungen des Ausländerrates/Migrationsrates zum Thema Integration und Migration aufgenommen. Insbesondere wurde eine **Stabsstelle für Migration** mit der **Migrationsbeauftragten** sowie ein **Sachgebiet Migration und Bürgerschaftliches Engagement** im Bürgeramt eingerichtet, das zum neuen Dezernat für Integration, Chancengleichheit und Bürgerdienste gehört.
2. Im Haushaltsplan **2007/2008** wurde das Ziel „**Erstellung eines Integrationsplans für und mit Migrantinnen und Migranten**“ festgehalten. Parallel dazu haben verschiedene Auftaktveranstaltungen stattgefunden, um die Bedeutsamkeit der Migrationsarbeit in Heidelberg hervorzuheben und klar zu machen, dass Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte eine Querschnittsaufgabe durch die gesamte Verwaltung ist und der Unterstützung von Expertinnen und Experten in Heidelberg (z. B. Wohlfahrtsverbände, Bildungseinrichtungen, Wirtschaft, Wissenschaft, Behörden, Parteien, Kirchen, Vereine, Migrantenselbstorganisationen etc.) bedarf.

Für die Erstellung des kommunalen Integrationsplans war es wichtig, die Öffentlichkeit für das Thema Integration in Heidelberg sensibel zu machen und miteinander in einen Dialog zu treten. Das gelang insbesondere durch den **partizipativen und praxisorientierten** Ansatz, den die Verwaltung gewählt hat und der zusätzlich durch die **Standortbonität** Heidelbergs noch gefördert wurde. In der Praxis sah es so aus, dass **Arbeitsgruppen** gebildet wurden, die mit Persönlichkeiten aus dem Integrationsbereich besetzt waren und ab Juni 2008 bis 2009 in ca. sechs Sitzungen Handlungsempfehlungen, Zieldefinitionen und Projektvorschläge erarbeitet haben.
3. Gleichzeitig wurde im **Frühjahr 2008** im Rahmen einer **Bestandsanalyse** eine **Fragebogenaktion** über Integrationsprojekte von Initiativen, Vereinen und Institutionen durchgeführt. Damit wurden erstmalig alle Heidelberger Integrationsprojekte aufgelistet und gebündelt. Eine Schlussfolgerung war, die Sprachförderung und Bildung/Ausbildung bei Kindern und Jugendlichen auszubauen sowie weitere Netzwerke aufzubauen. Dieses Ergebnis deckt sich weitgehend mit den gewünschten Eingliederungsangeboten für Menschen mit Migrationshintergrund aus der **Sinus-Migrantenstudie** (DS: 0036/2009), die darüber hinaus noch Wünsche nach mehr Unterstützung bei der Arbeitssuche, Schul- und Ausbildungsberatung und Sprachkursen enthielt.

4. Die **Sinus-Studie**, die die Lebenslagen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Heidelberg im Rahmen einer Telefonumfrage im **Herbst 2008** untersucht hat, gilt als repräsentativ und ist bundesweit anerkannt. Sie hat deutlich gemacht, dass Heidelberg im Vergleich zu anderen Kommunen im Bereich der Integration bereits gut aufgestellt ist. Die wirtschaftlich und sozial gehobenen Milieus, insbesondere das intellektuell-kosmopolitische Milieu ist mit 48 Prozent absolut dominant. Dagegen spielen die unterschichtigen Milieus, in denen sich Integrationsdefizite häufen (ähnlich wie bei der entsprechenden einheimischen Bevölkerung), zahlenmäßig eine geringe Rolle in Heidelberg; das entwurzelte Milieu beträgt nur vier Prozent und das religiös verwurzelte Milieu ein Prozent. Dieses Ergebnis erleichtert es, nicht vorrangig nach einem defizitären Lösungsansatz zu suchen, sondern sowohl die „schweigende“ Minderheit als auch die sogenannte gut integrierte Mehrheit gleichermaßen im Fokus zu behalten und mit entsprechenden Maßnahmen zu erreichen. Somit kann Heidelberg beispielgebend für andere Kommunen werden.

5. Um diesen Prozess zügig voranzubringen, wurde im **Juli 2009** die **Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)**, die besonders Kommunen in der Entwicklung von Integrationsplänen auf Grund ihrer Erfahrungen und Kompetenzen effizient begleitet hat, beauftragt, die Verwaltung bei dem Zusammenfügen der verschiedenen Bausteine zu unterstützen. In drei großen **Steuerungsrunden** wurden ab **Mitte Juli 2009** Ziele und Maßnahmen abgeglichen, priorisiert und ständig fortgeschrieben. Dabei wurde ein intensiver Austausch zwischen Verwaltung und Arbeitsgruppen über bereits bestehende und noch zu entwickelnde Maßnahmen geführt. Insbesondere vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltssituation war es der Verwaltung wichtig, dass Maßnahmen, die bereits gut laufen, verstetigt werden und Vorschläge, die zur Zeit nicht realisiert werden können, als mittel- oder langfristige Projekte aufgenommen werden. Außerdem sollen verstärkt die Maßnahmen berücksichtigt werden, die von EU, Bund oder Land gefördert werden könnten um den kommunalen Haushalt nicht zu überfordern. Ein weiteres Ergebnis aus der Bestandsanalyse und den Steuerungsrunden war darüber hinaus, dass vorrangig der Netzwerkaufbau und die Stärkung der Koordination der Akteurinnen und Akteure mit den vorhandenen Ressourcen geleistet werden sollten. In vielen zusätzlichen Gesprächen wurden daher alle Projekte/Handlungsempfehlungen sowie Zielformulierungen mit den internen und externen Fachkräften abgestimmt, was die Fertigstellung des kommunalen Integrationsplans zwar zeitlich verzögert hat, dafür aber allen Beteiligten ermöglicht hat, zu einem **gemeinsamen tragfähigen Plan** zu gelangen.

2. Umsetzung und Fortschreibung des kommunalen Integrationsplans

Der vorliegende kommunale Integrationsplan Heidelberg ist daher eine Handlungsanweisung, die „gelebt“ werden soll. Deshalb sind die aktive Gestaltung von Vielfalt auf allen Ebenen im gesellschaftlichen Leben sowie die Umsetzung der enthaltenen Maßnahmen von großer Bedeutung. Damit dies gelingt, sind eine effiziente **Steuerung** und ein gutes **Monitoring** erforderlich.

Dazu werden im Zuge der Umsetzung, das heißt in einem nächsten Schritt, die passenden Indikatoren zusammen mit den beteiligten Fachämtern ausgewählt, um die Wirkung der im kommunalen Integrationsplan vereinbarten Maßnahmen und Projekte zu bewerten. Es existieren inzwischen unterschiedliche Indikatoren im Bereich der Migration/Zuwanderung. Sie sind auf ihre konkrete Aussagekraft hinsichtlich der Bewertung der Heidelberger Verhältnisse zu überprüfen. Genauere Erkenntnisse über Ergebnisse und Wirkungen im Projektverlauf tragen zur Verbesserung der Steuerung und damit der Erfolgsaussichten eines Vorhabens bei und dienen gleichzeitig einer glaubwürdigen Rechenschaftslegung gegenüber der Öffentlichkeit. Dabei setzt das Wirkungsmonitoring auf dem indikatorengestützten Umsetzungsbericht zum STEP auf. In dieser Phase ist zu berücksichtigen, dass Qualifizierungs- und Integrationsprozesse erst über einen längeren Zeitraum zu messbaren Ergebnissen führen, so dass ein entsprechender Zeitrahmen zur Bewertung ermöglicht werden muss.

Den gemeinsamen Weg, den die Verwaltung bis zur Fertigstellung des kommunalen Integrationsplans in Heidelberg gegangen ist, möchte sie auf alle Fälle fortsetzen und auch künftig interne sowie externe Expertinnen und Experten der Stadt einbeziehen, um unterschiedliche Perspektiven zu berücksichtigen, Erfahrungen aufzugreifen und interkulturelle Vielfalt in der eigenen Praxis zu leben. Denn auch wenn dieser Prozess längere Zeit in Anspruch genommen hat als geplant, so hat sich gezeigt, wie wichtig eine breite Beteiligung und zielgerichtete Rückkoppelung ist. Gute Einbindung vieler unterschiedlicher Perspektiven sowie gute Integration zahlen sich auf lange Sicht aus.

Es ist geplant, den kommunalen Integrationsplan für Heidelberg im Rahmen einer Feier nach der Behandlung im Gemeinderat öffentlich zu präsentieren und allen Beteiligten für ihr großes Engagement zu danken.

gezeichnet
Wolfgang Erichson